

EU-Nachrichten 10 2016

KURZ & KNAPP

Neuer Leiter 3

Jochen Pöttgen vertritt EU-Kommission in Bonn

IM FOKUS

Migration 4

Bessere Perspektiven für legale Einwanderer schaffen

Sharing Economy 5

Faire Wettbewerbsbedingungen für Uber, Airbnb & Co.

EUROPÄISCHES JUGENDORCHESTER

Langfristige Lösung für Finanzierung vorgeschlagen

Das vor 40 Jahren gegründete Europäische Jugendorchester kann weiterbestehen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dankte dem Europäischen Parlament für seine Hilfe bei der kurzfristigen Finanzierung. Die Kommission schlägt vor, diese langfristig dadurch zu sichern, dass das klassische Orchester einen Sonderstatus im Förderprogramm „Kreatives Europa“ bekommt. Die Kommission sei stolz darauf, das Orchester seit seiner Gründung zu unterstützen. Es sei ein Symbol für die kulturelle Vielfalt Europas, sagte Juncker.

Das Europäische Jugendorchester arbeitet mit weltbekannten Dirigenten und tritt bei großen Festivals auf. Es besteht aus rund 120 Musikerinnen und Musikern zwischen 16 und 26 Jahren aus den 28 EU-Mitgliedstaaten. Sie werden durch Vorspielen ausgesucht und gehören dem Orchester dann ein Jahr lang an.

Erhalt des Jugendorchesters



In Deutschland soll mit EU-Hilfe etwa ein Teilstück der A6 in öffentlich-privater Partnerschaft sechsspurig ausgebaut werden.

BILANZ NACH EINEM JAHR EFSI

Investitionsoffensive soll weitergehen

Gut ein Jahr gibt es die von der EU-Kommission angeregte EU-Investitionsinitiative EFSI jetzt. In dieser Zeit ist in der EU bereits das Potenzial für rund 100 Mrd. Euro Investitionen geschaffen worden. Viele wichtige Infrastrukturprojekte könnten damit verwirklicht werden, und fast 142.000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können Zugang zu neuen Finanzmitteln bekommen.

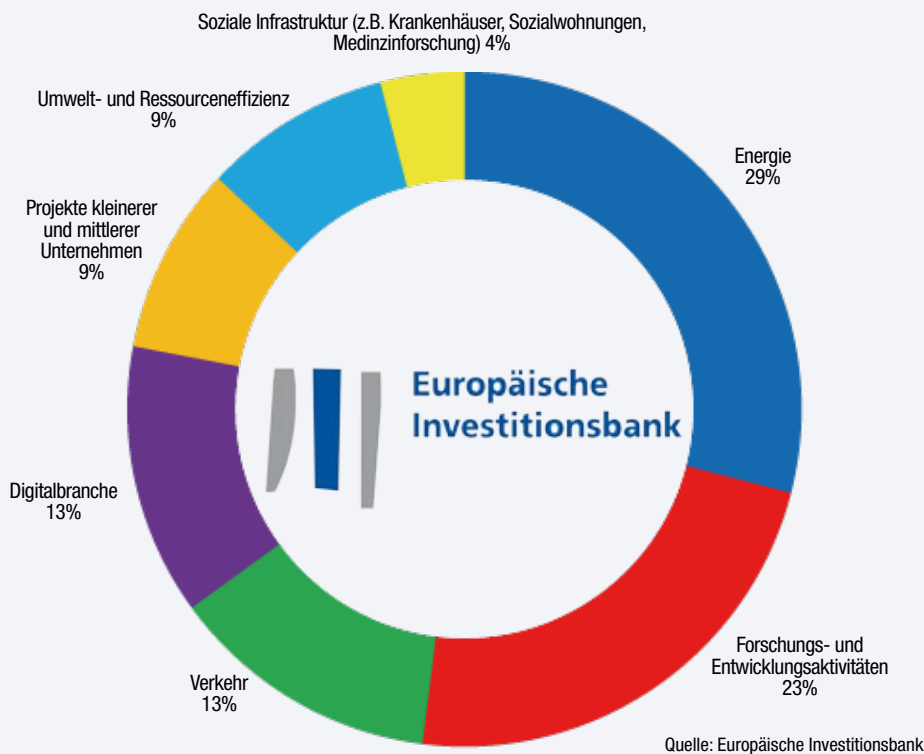
> „Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen schafft Arbeitsplätze und ermöglicht tagtäglich Investitionen in die Realwirtschaft“, zog Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Bilanz. „Daher schlagen wir vor, ihn über das Jahr 2018 hinaus beizubehalten.“ Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag werde die Kommission im Herbst vorlegen.

Als bisher größte „Erfolgsgeschichte“ des EFSI sieht der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen die KMU-Förderung. Auch in Deutschland können innovative Projekte kleiner Unternehmen zum Beispiel mit Hilfe von Kreditprogrammen

der KfW-Bankengruppe verwirklicht werden, die von EFSI unterstützt werden. Die Kommission will wegen des großen Interesses der zwischengeschalteten Banken bis zu 500 Millionen Euro im EFSI-Budget aus dem Bereich Infrastrukturprojekte zur zusätzlichen KMU-Förderung umschichten. „Wir haben innovative Projekte in den Bereichen Energieeffizienz, Gesundheitswesen, Stadtentwicklung und Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze unterstützt“, beschrieb Katainen weitere Erfolge der Investitionsoffensive. „Aber es bleibt noch viel zu tun: Wir müssen den für die EU unverzichtbaren Binnenmarkt weiter vertiefen, und die Mitgliedstaaten müssen sich bemühen, ihre Investitionshemmnisse zu beseitigen“, sagte er. >>

DIE EU-INVESTITIONSOFFENSIVE EFSI

Bisher wurden von der Europäischen Investitionsbank EFSI-Finanzierungen von 12,8 Mrd. Euro genehmigt. Sie verteilen sich auf folgende Sektoren:



banken normalerweise unterstützt werden. Um mögliche Anfangsverluste privater Investoren abzufedern, ist der EFSI mit 21 Mrd. Euro aus den Haushalten von EU und EIB unterlegt.

Bisher, so die Kommissionsbilanz, unterstützt EFSI 64 Großprojekte und 185 Finanzierungsvereinbarungen mit Banken durch eine Summe von 12,8 Mrd. Euro. Die Vereinbarungen mit Banken sollen fast 142.000 KMU zugutekommen. Insgesamt haben die Genehmigungen unter EFSI das Potenzial, 100 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen zu generieren.

Neue Plattform zur Projektvorstellung

Die Kommission setzt darauf, dass das bei der EIB eingerichtete Expertenteam zur Investorenberatung auch in bisher wenig bedachten Ländern Projekte ermöglichen wird. Außerdem will sie weiter für die Möglichkeiten werben, EFSI-Mittel mit EU-Strukturfondsmitteln zu kombinieren und länderübergreifende Investorenplattformen einzurichten. Jetzt wurde auch das Europäische Portal für Investitionsvorhaben im Internet eröffnet, auf dem Projektträger, die für EFSI-Unterstützung in Frage kommen, sich weltweit präsentieren und um Investoren werben können.

>> Deutschland modernisiert Infrastruktur

Zu den deutschen Infrastrukturprojekten, die im Rahmen von EFSI bereits genehmigt worden sind, gehört ein Gasmotorenheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung, das die Stadtwerke Kiel am Ostufer der Förde in Kiel-Dietrichsdorf bauen wollen. Es soll ein über 40 Jahre altes Kohlekraftwerk ersetzen und zum Klimaschutz beitragen. Das moderne Kraftwerk könnte so schnell an- und abgeschaltet werden, dass es die schwankenden Mengen des in der Region reichlich durch Windkraft erzeugten Stroms je nach Bedarf ergänzen kann. Dafür stellt die Europäische Investitionsbank (EIB) ein mit Hilfe von EFSI gesichertes Darlehen von 105 Mio. Euro in Aussicht.

Auch der Ausbau und Unterhalt der vielbefahrenen Autobahn A6 zwischen Wiesloch-Rauenberg und Weinsberg sollen durch EFSI unterstützt werden. Geplant ist, im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft ein gut 25 Kilometer langes Autobahnstück sechsspurig auszubauen. Auch eine Brücke über das Neckartal gehört zu dem Projekt. Dafür könnte die EU ein Darlehen von 250 Mio. Euro absichern.

Das erste große Einzelunternehmen, das in Deutschland von EFSI profitiert, ist die Heidelberger Druckmaschinen AG. Sie erhält ein EIB-

Darlehen von 100 Mio. Euro, das die Firma in Forschung und Entwicklung steckt, um ihre Marktchancen in den Wachstumsbereichen Digitaldruck, Verpackung und Dienstleistungen zu verbessern. „Das EIB-Förderdarlehen hilft uns in den kommenden sieben Jahren, unsere Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Digitalisierung zu attraktiven Konditionen zu finanzieren“, sagte Finanzvorstand Dirk Kaliebe.

Mit 291 Mio. Euro aus EFSI sind 18 genehmigte Vereinbarungen mit Banken oder Fonds in Deutschland unterlegt, die diesen erlauben würden, KMU und Firmengründern neue Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Damit könnten Investitionen von bis zu 5,4 Mrd. Euro angeregt werden.

Das Ziel von EFSI ist es, bis 2018 mindestens 315 Mrd. Euro Investitionen in der EU zu generieren, wobei das Geld hauptsächlich von privaten Investoren kommen soll. Erwünscht sind vor allem Investitionen in Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze, in das Gesundheitswesen, in Klimaschutztechnologien und in innovative Projekte von KMU. Die Investitionsoffensive soll dabei risikoreichere Projekte realisieren helfen, als sie von Europäischer Investitionsbank (EIB) – die EFSI umsetzt - und nationalen Förder- und Geschäfts-

Verluste hatte der EFSI bisher nicht zu verzeichnen, heißt es in der Kommission. Deshalb ist man dort zuversichtlich, dass sich die Initiative auch nach 2018 am Leben erhalten lässt, ohne dass es Finanzierungsprobleme gibt. Kommissionsvizepräsident Katainen sagte, auch dann werde es wohl noch „Marktversagen“ und einen Bedarf für EFSI geben. Für die künftige EFSI-Finanzierung sei er zuversichtlich, dass die mittelfristige finanzielle Vorausschau der EU dafür nicht geändert und Budgets wie das Forschungsprogramm „Horizont 2020“ nicht erneut angezapft werden müssten. „Wir werden auch die Mitgliedstaaten nicht um mehr Geld bitten“, sagte Katainen. (frh) >

■ EU-Investitionsoffensive

Modell für Entwicklungshilfe

Die EU-Kommission will prüfen, ob ähnliche Finanzinstrumente wie EFSI sich für die Entwicklungspolitik eignen. Auch in Ländern, die politische oder wirtschaftliche Probleme haben oder sich von Kriegen oder Konflikten erholen müssen, könnten mit öffentlichen Garantien vielleicht private Investitionen erleichtert werden. Zum Beispiel, um Flüchtlinge zu unterstützen oder Alternativen zur Auswanderung zu bieten.

NEUER LEITER ERNANNT

Jochen Pöttgen vertritt die EU-Kommission in Bonn

Neuer Leiter der Regionalvertretung der EU-Kommission in Bonn ist seit dem 1. Juni Jochen Pöttgen. Er bringt 20 Jahre Erfahrung insbesondere in den Bereichen Handel, Personalverwaltung und Kommunikation in diese Funktion ein. Seit 1996 arbeitet er für die EU-Kommission, wo er als Pressereferent und Bearbeiter für Antidumping- und Antisubventionsfälle in der Generaldirektion Handel begann. Vor seinem Wechsel nach Bonn war er seit September 2014 als Beauftragter für internationale Beziehungen für die diplomatischen Handelsbeziehungen mit Drittländern zuständig.

Pöttgen hat an der Universität Florenz einen Hochschulabschluss in Politikwissenschaften mit Spezialisierung im Bereich Wirtschaftswissenschaften erworben. Neben Deutsch spricht er fließend Englisch,

Französisch, Italienisch und Spanisch. Für die Kommission war er außer in Brüssel auch vier Jahre lang als Kanzleileiter der EU-Delegation in Russland tätig. Die EU-Kommission ist durch Vertretungen in allen 28 Mitgliedstaaten präsent. Der Sitz der deutschen Vertretung ist in Berlin. Zusätzlich gibt es in großen Mitgliedstaaten noch insgesamt neun Regionalbüros – dazu zählen auch die Regionalvertretungen in Bonn und München.

■ [Neuer Leiter Regionalbüro Bonn](#)



Credit © European Union, 2016

RECHTSSTAATLICHKEIT

Warschau über EU-Bedenken informiert

Nächster Schritt im EU-Verfahren zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips in Polen: Die EU-Kommission hat eine juristische Stellungnahme zu den von ihr kritisierten rechtsstaatlichen Mängeln nach Warschau geschickt. Trotz zahlreicher Gespräche mit der Regierung sowie einem regen Briefwechsel gebe es noch keine Lösung für die Probleme, erklärte Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. Warschau muss auf das Schreiben innerhalb von zwei Wochen reagieren. Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło habe ihm erklärt, sie wolle den Dialog fortsetzen, sagte Timmermans.

Im Mittelpunkt der Kritik steht ein im Dezember gegen den Widerstand der Opposition von der rechtskonservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit im Eilverfahren verabschiedetes Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts. Diese war auch von der auf Verfassungsrecht spezialisierten so genannten Venedig-Kommission des Europarats als Gefahr für die Demokratie in Polen gerügt worden, da dieses seine Arbeit nicht mehr „wirksam“ ausüben könne. Das Vorgehen der Kommission beruht auf einem im März 2014 eingeführten Verfahren zur Beseitigung von Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit eines Landes. Dieses setzt auf den Dialog mit dem betroffenen Mitgliedstaat. Können sich beide Seiten nicht verständigen, kann die Kommission das Verfahren verschärfen.

■ [Rechtsstaatlichkeit in Polen](#)

HASSBOTSCHAFTEN IM INTERNET

Große IT-Firmen verpflichten sich auf Verhaltenskodex

Facebook, Twitter, Google und Microsoft wollen künftig dafür sorgen, dass Hinweise auf Hassbotschaften oder Aufrufe zu Gewalt auf ihren Internetseiten in weniger als 24 Stunden überprüft werden und diese Inhalte gegebenenfalls nicht mehr zu sehen sind. Die Verpflichtung ist Teil eines Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Online-Hetze, den die IT-Firmen gemeinsam mit der EU-Kommission vorstellten. In dem Kodex ist auch festgelegt, dass die Unternehmen ihre bestehenden Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen, die beim Aufspüren von Gewaltaufrufen und Hasspropaganda helfen. Es sollen auch Gegenkampagnen unterstützt werden und Initiativen, die zu kritischem Denken anregen.

Den Verhaltenskodex hatten die EU-Innen- und Justizminister bei einem Sondertreffen nach den Terroranschlägen von Brüssel am 22. März gefordert. Er beruht auf Vorgaben in der EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr und auf Diskussionen, die unter anderem beim EU-Grundrecht colloquium und beim EU-Internetforum im vergangenen Herbst geführt wurden. „Die sozialen Medien gehören leider zu den Instrumenten, die terroristische Gruppen nutzen, um junge Leute zu radikalisieren, und die Rassisten nutzen, um Gewalt und Hass zu propagieren“, sagte EU-Justizkommissarin Vera Jourova.

■ [Gegen Hetze im Internet](#)

PANAMA-PAPIERE

Europaparlament setzt Untersuchungsausschuss ein

Im Europäischen Parlament wird ein Untersuchungsausschuss die Enthüllungen über Briefkastenfirmen in Panama aufarbeiten. Das Parlamentsplenium hat einer entsprechenden Entscheidung der Fraktionsvorsitzenden sowie dem Ausschussmandat zugestimmt. „Wir wollen im Ausschuss die Untätigkeit der Mitgliedstaaten untersuchen, die zu dem geführt hat, was durch die Panama Papers offengelegt wurde. Und wir wollen uns auch die strukturellen Probleme anschauen, die die Lösung des Problems so schwierig machen“, erklärte der CDU-Abgeordnete Burkhard Balz. Das Mandat umfasst die Untersuchung möglicher Verstöße gegen EU-Recht in den Bereichen Geldwäsche, Steuerflucht und Steuervermeidung.

Laut der Panama Papers hat die Kanzlei Mossack Fonseca aus Panama über 214.000 Briefkastenfirmen für Menschen aus über 200 Ländern und Gebieten eingerichtet. Die erste formale Sitzung des Ausschusses, dem 65 Abgeordnete angehören werden, soll noch vor der Sommerpause stattfinden. Die Arbeiten sollen auf den Ergebnissen des Sonderausschusses zu unfairen Steuerdeals von Großkonzernen aufbauen, der seinen Abschlussbericht im Juni vorlegen wird. Ein Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der mehr Befugnisse als ein Sonderausschuss hat, soll innerhalb von 12 Monaten vorgelegt werden. Eine Verlängerung des Mandats ist möglich.

■ [Untersuchungsausschuss für Panama Papers](#)

Perspektiven für legale Einwanderer sollen besser werden



Mit einer vereinfachten Blue-Card-Richtlinie will die EU um hochqualifizierte Arbeitnehmer aus aller Welt werben.

> „Die frühe und wirksame Integration von Drittstaatsangehörigen ist eine entscheidende Voraussetzung für einen positiven Beitrag der Migranten zu unserer Wirtschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, erklärte der für Migration, Innenpolitik und Bürgerschaft zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. „Außerdem wollen wir, dass es künftig leichter wird, auf Mängel im Arbeitskräfteangebot oder auf Qualifikationslücken zu reagieren“, sagte er. Mit einer reformierten „Blue Card“ könne die EU besser um Talente aus aller Welt werben.

Blue Card auch für Asylbewerber

Die bestehende Richtlinie von 2009 hat sich nach Meinung der Kommission nicht bewährt. Die Zulassungsbedingungen seien zu restriktiv, und weiterhin gebe es zu viele nationale Vorschriften, so dass sich nur 31 Prozent der hochqualifizierten Zuwanderer in die OECD-Länder für die EU entschieden hätten. Laut Kommission wurden zwischen 2012 und 2014 rund 90 Prozent aller Blue Cards in Deutschland erteilt. Wichtigste vorgeschlagene Änderung ist, dass die Blue Card künftig auch an Asylbewerber vergeben werden könnte. Die Mindestlaufzeit eines ersten Arbeitsvertrags in der EU, den Blue-Card-Bewerber vorlegen müssen, soll von 12 auf 6 Monate gekürzt werden. Eine einheitliche Regelung soll es auch für die Rechte von Blue-Card-Inhabern geben, innerhalb der EU zu reisen und umzuziehen.

Die Integration von legalen Zuwanderern ist in der EU vor allem Sache der Mitgliedstaaten und de-

ren Städte und Gemeinden. Die Kommission gibt in einem Aktionsplan aber Tipps. Dazu gehören:

- > Eine Vorbereitung von Migranten auf die neue Umgebung und der örtlichen Bevölkerung auf die Zuwanderer.
- > Sprachkurse, bürgerschaftliche Erziehung und Bildungsangebote.
- > Aus- und Weiterbildung und Aktionen, die eine Anerkennung beruflicher Qualifikationen erleichtern.
- > Austausch mit der einheimischen Bevölkerung, Einbeziehung in das kulturelle Leben.

Laut EU-Kommission leben derzeit etwa 20 Millionen Drittstaatsangehörige legal in der EU, was etwa 4 Prozent der Bevölkerung entspricht. Sie sind überdurchschnittlich oft von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, selbst wenn sie über eine Hochschulausbildung verfügen.

Mit Drittstaaten zusammenarbeiten

Die Kommission legte auch eine Strategie für maßgeschneiderte Kooperationsabkommen mit Drittstaaten – zunächst aus Nahost und Afrika – vor, mit denen darauf hingewirkt werden soll, dass möglichst wenige Menschen ihre Heimat verlassen, Migranten in Transitländern aufgenommen werden und mehr Migranten ohne Asylberechtigung in Herkunfts- oder Transitländern zurückgeschickt werden können. Zur Zusammenarbeit bewegt werden sollen die Drittstaaten mit einem „Mix aus positiven und negativen Anreizen“, die in der Handels- und Entwicklungspolitik eingesetzt werden sollen.

Außereuropäische Zuwanderer, die schnell in den EU-Staaten integriert werden oder die besondere Fähigkeiten mitbringen, können Wirtschaft und Gesellschaft enorm bereichern. Außerdem drohen die Kosten einer Nicht-Integration höher auszufallen als die Kosten einer Integrationspolitik, heißt es in einer Studie der EU-Kommission. Sie hat den Mitgliedstaaten jetzt Ratschläge für die erfolgreiche Aufnahme legaler Zuwanderer gegeben. Zudem will sie die so genannte Blue-Card-Richtlinie ändern und hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen damit bessere Chancen eröffnen, in die EU zu kommen und hier zu arbeiten.

An Finanzhilfe will die Kommission bis 2020 zunächst 8 Milliarden Euro bereitstellen. Für den Herbst kündigte sie zudem Vorschläge für eine Initiative an, mit der in Drittstaaten Investitionen mobilisiert werden sollen. Als Vorbild soll dabei der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) dienen (siehe auch Seite 2).

„Millionen von Menschen sind weltweit unterwegs und wir können das nur bewältigen, wenn wir weltweit und partnerschaftlich handeln“, sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. „Unser Ziel ist es, die Länder zu unterstützen, die so viele Menschen beherbergen, und Wachstum in unseren Partnerländern zu fördern, während wir uns darauf konzentrieren, Menschenleben auf See zu retten und die Schleuser-Netzwerke zu zerstören“, erklärte sie. (frh) >

Steuerung der Migration

Begehrte Arbeitskräfte anwerben

Menschen, die mit einer Blue Card in die EU kommen, sind bei den europäischen Arbeitgebern so begehrt, dass sie auch überdurchschnittlich gut bezahlt werden. Derzeit kann nur eine Blue Card erhalten, wem mindestens das ein- und einhalbfache des Durchschnittsgehalts in der jeweiligen Berufsgruppe des betroffenen Mitgliedstaats angeboten wird. Dem Vorschlag der EU-Kommission zufolge soll künftig auch das Durchschnittsgehalt ausreichen.

Wirtschaftliche Chancen mit fairem Wettbewerb nutzen

Die EU braucht innovative Produkte und Dienstleistungen. Die Mitgliedstaaten sollen Geschäftsmodellen der so genannten „kollaborativen Wirtschaft“ oder „Sharing Economy“ deshalb eine Chance geben und Unternehmen wie den Fahrdienstvermittler Uber, die Bettenvermittlung Airbnb oder den Paketdienst Sennder nicht generell verbieten. Dafür plädiert die EU-Kommission. Sie hat Leitlinien dafür vorgelegt, unter welchen Bedingungen die neuen Geschäftsmodelle zugelassen werden können. Dabei handele es sich um eine auf die kollaborative Wirtschaft bezogene Auslegung bestehenden EU-Rechts, betonte Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska.



Immer mehr Europäer buchen Unterkünfte über Portale der „kollaborativen Wirtschaft“, wenn sie verreisen.

> Die Anbieter neuer Dienstleistungen müssen sich an alle relevanten Vorschriften genauso halten wie andere Unternehmen, aber die Europäer sollen nicht ihre Energie darauf verwenden, sich gegen diese Innovationen abzuschotten. „Unsere Rolle ist, auf ein rechtliches Umfeld hinzuwirken, in dem sich neue Geschäftsmodelle entwickeln können und zugleich für Verbraucherschutz, gerechte Besteuerung und faire Arbeitsbedingungen gesorgt wird“, ergänzte der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen.

Große Nachfrage der Verbraucher

Im vergangenen Jahr hat die kollaborative Wirtschaft in der EU nach Schätzungen der Kommission 28 Mrd. Euro erwirtschaftet. In den fünf Schlüsselbereichen kurzzeitige Wohnraumvermietung, Personentransport, Vermittlung von Haushaltsdienstleistungen, von technischen Dienstleistungen und Organisation von Finanzierungen habe sich der Umsatz zum Vorjahr fast verdoppelt. Umfragen zeigten ein hohes Interesse der Verbraucher an solchen Angeboten, so die Kommission.

Sie räumt ein, dass in der internetbasierten kollaborativen Wirtschaft die Grenzen zwischen Verbrauchern und Anbietern, Angestellten und Selbstständigen, kommerziellen Angeboten und gelegentlich von Privatleuten erbrachten Diensten verschwimmen und es Fragen gibt, welche Regeln gelten. Gegen den Dienst UberPop etwa, bei dem Privatleute Taxifahrten anbieten, gibt

es in vielen EU-Staaten Proteste von Taxiunternehmen, die kritisieren, dass Lizenzauflagen nicht eingehalten und Steuern nicht ordentlich gezahlt würden. In etlichen Ländern, auch in Deutschland, ist UberPop gerichtlich verboten.

Die zunehmende Vermietung von privatem Wohnraum über Portale wie Airbnb, Wimdu oder 9flats hat Städte wie etwa Berlin, Hamburg oder Frankfurt bewogen, die Regeln für diese Angebote zu verschärfen. Sie wollen unter anderem verhindern, dass viele Wohnungen Dauermietern nicht mehr angeboten werden, weil sie sich gewinnbringender an Touristen vermieten lassen.

Verbote nur als „letztes Mittel“

Die EU-Kommission plädiert dafür, dass komplette Verbote von Angeboten nur „das letzte Mittel“ sein dürften. Wenn Internet-Plattformen nur als Vermittler zwischen Verbrauchern und Anbietern auftreten, sollten sie keine Genehmigung brauchen. Außerdem ruft sie die Mitgliedstaaten auf, zwischen kommerziellen Anbietern und Einzel-

personen zu unterscheiden, die nur gelegentlich Dienste anbieten. Wer unter gewissen Schwellenwerten bleibt, etwa für Umsatz oder zeitlichen Aufwand, sollte von bestimmten Vorschriften befreit sein, schlägt die Kommission vor.

Generell müsse im Einzelfall beurteilt werden, welche Steuerpflicht besteht und ob ein Dienstleister als Angestellter einer Internetplattform anzusehen ist, etwa weil er Arbeitsbedingungen und Preise nicht selbst bestimmen kann. Es gebe bereits „bewährte Praktiken“ in den Mitgliedstaaten, an denen sich andere orientieren könnten, wie die folgenden:

- > Formen der Zusammenarbeit mit Vermittlungsplattformen, um die Besteuerung zu erleichtern.
- > Die Erlaubnis, selbst bewohnte Wohnungen ohne vorherige Genehmigung kurzfristig vermieten zu dürfen.

Was die Haftungspflicht der Vermittlungsportale angeht, meint die Kommission, sie bestehe uneingeschränkt nur für eigene Angebote, etwa für Zahlungsdienstleistungen. Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf, die nationalen Vorschriften zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen. „Wenn wir eine Zersplitterung des Binnenmarkts auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder sogar auf lokaler Ebene zulassen, besteht die Gefahr, dass ganz Europa dabei verliert“, sagte Bieńkowska. (frh) >

■ *Kollaborative Wirtschaft*

Rechtssicherheit dringend erwünscht

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) begrüßte die Leitlinien als „richtig und überfällig“. Die unterschiedlichen Vorschriften in den Mitgliedstaaten schafften Rechtsunsicherheit und behinderten Online-Unternehmen schon lange. Die von der Kommission angestrebte „gemäßigte Regulierung sei zu begrüßen, weil sie dem Geschäftsmodell der Plattformen gerecht wird“.

Eine weltweite Allianz der Zivilisationen formen



Die alte ukrainische Stadt Lutsk wird von EU und Europarat bei Renovierung und Neugestaltung von Altstadt und Burg unterstützt.

> Kultur berge ein „ungeahntes Potenzial für unsere Außenpolitik“ und könne der EU international mehr Gewicht geben, erklärte Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. „Sie fördert den Dialog und das gegenseitige Verständnis und ist daher beim Aufbau langfristiger Beziehungen mit Ländern weltweit von entscheidender Bedeutung“, sagte er.

Dementsprechend breit ist der Kulturbegriff in der Strategie gefasst, die Mitgliedstaaten, privaten und öffentlichen Akteuren und nationalen Kultureinrichtungen wie dem deutschen Goethe-Institut einen Rahmen und Anhaltspunkte für ihre Aktivitäten geben soll. Es geht darin nicht nur um Literatur und Kunst, sondern unter anderem auch um die Förderung interkultureller und interreligiöser Dialoge, die Konflikte verhüten, Aussöhnung fördern und einen „Gegen-

Wirtschaftliche Bedeutung wächst

Der Welthandel mit kulturellen Gütern, etwa Filmen und Büchern, hat sich von 2004 bis 2013 trotz Weltwirtschaftskrise verdoppelt. Weltweit arbeiten laut EU-Kommission 30 Millionen Menschen in der „kreativen Industrie“, in der EU sind es sieben Millionen. Die kreative Industrie trage je nach Land zwischen 2 und 7 Prozent zum nationalen Bruttoinlandsprodukt bei – mehr als viele Industriezweige.

diskurs“ zu Extremismus und Radikalisierung schaffen sollen.

Begegnung von Menschen ermöglichen

Die Kommission empfiehlt etwa, Städtepartnerschaften zu fördern oder Erfahrungen mit dem Konzept der „Europäischen Kulturhauptstädte“ weiterzugeben, die den Titelträgern für ihre Stadtentwicklung und touristisch nützt. Gefördert werden sollte auch der Austausch von Jugendlichen, Studenten oder Wissenschaftlern, der finanziell von der EU etwa durch das Programm Erasmus+ oder Marie-Sklodowska-Curie-Stipendien unterstützt wird. Internationale Zusammenarbeit wird auch beim Aufbau der „kreativen Wirtschaft“ und beim Schutz des kulturellen Erbes angeregt, der mehr Touristen anziehen und sich so auch wirtschaftlich lohnen könne. Nachbarstaaten der EU sollen zur Nutzung des Förderprogramms „Kreatives Europa“ motiviert werden. Georgien, Moldau und die Ukraine tun das bereits. In der Strategie werden auch beispielhafte Projekte aufgelistet, etwa:

- > Das Programm „Young Arab Voices“ zur Förderung des Dialogs zwischen jungen Menschen und in der Zivilgesellschaft.
- > Hilfe beim Schutz des kulturellen Erbes in Syrien und beim Kampf gegen illegalen Handel mit Kulturgütern.
- > Unterstützung lokaler Initiativen zur Restaurierung und Belebung historischer Städte in der Ukraine, Armenien, Belarus, Georgien und Moldau.

Angesichts von Radikalisierung und Konflikten in der Welt will die EU-Kommission kulturellen Aspekten in ihrer Außenpolitik ein stärkeres Gewicht geben. „Kultur ist ein wirksames Instrument, um Brücken zwischen Menschen und vor allem der Jugend zu bauen und für ein besseres gegenseitiges Verständnis zu sorgen“, sagte die EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin Federica Mogherini bei der Vorstellung einer entsprechenden Strategie. „Auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann Kultur ein Motor sein“, sagte sie. Kultureller Austausch und Dialog könne helfen „eine Allianz der Zivilisationen gegen diejenigen zu bilden, die einen Keil zwischen uns treiben möchten“.

Größere Rolle für EU-Delegationen

Umsetzen sollen die Strategie zum Beispiel die 139 EU-Delegationen und Büros in aller Welt. Sie sollen kulturell künftig eine größere Rolle spielen und mehr Veranstaltungen wie etwa Filmfestivals organisieren. Zudem könnten in „strategisch wichtigen“ Ländern wie Iran oder der Ukraine „Europäische Kulturhäuser“ gegründet werden, heißt es in dem Papier.

Als „entscheidend“ für den Erfolg der Strategie sieht die Kommission die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und ihren nationalen Kulturinstituten an. Für deren stärkere Kooperation wurde im Februar eine „Plattform für Kulturdiplomatie“ gegründet. In Deutschland transportiert das Goethe-Institut kulturelle Initiativen in alle Welt, kümmert sich um gesellschaftliche Diskurse und bietet Sprachkurse und Bildungsprogramme an, wie etwa den Online-Kurs MOOC zur weltweiten Ausbildung von Kulturmanagern.

Auch deutsche Initiativen zur Leseförderung von Kindern aus sozial schwachen Schichten wurden vom Goethe-Institut schon nach Südamerika exportiert. Eine weitere Initiative ist das Alumni-Portal, über das Teilnehmer an Austauschprogrammen nach ihrem Deutschlandaufenthalt Kontakte pflegen und Erfahrungen austauschen können. (frh) >

▮ *Strategie zur Kulturdiplomatie*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.06.2016 17.00 Uhr	„Die niederländische EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten, Ziele, Perspektiven“ Vortrag mit anschließender Diskussion Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Botschaft des Königreichs der Niederlande Klosterstraße 50 10179 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/die-niederlaendische-eu-ratspraesident-schaft-prioritaeten-ziele-perspektiven/
> 13.06.2016 17.15 Uhr	„Political Leadership in der EU – zu viel oder zu wenig Führung?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Jean Monnet Centre of Excellence in European Studies	Universitätsbibliothek Alte Münze 16 49074 Osnabrück	www.landkreis-osnabrueck.de/der-landkreis/pres-sestelle/termine-im-kreis-haus?page=1
> 13.06.2016 17.30 Uhr	„Europa bauen: ein Haus für die EU“ – Studierende der TH Nürnberg, Fakultät Architektur, präsentieren ihre Ideen Präsentation Veranstalter: Europabüro der Stadt Nürnberg	Historischer Rathaussaal Rathausplatz 2 90403 Nürnberg	www.nuernberg.de/internet/eu_buero/aktuell_46915.html
> 13.06.2016 19.00 Uhr	„Einlagensicherung – Fragen und Antworten“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Bremen	Haus der Bürgerschaft Am Markt 20 28195 Bremen	www.europa-in-bremen.de/veranstaltungen/kalender.html
> 15.06.2016 15.00–20.00 Uhr	„Flucht im Fokus – Gestalten Sie mit! Projekte und Politiken zur Integration von Flüchtlingen“ Infoveranstaltung mit Podiumsdiskussion Veranstalter: Kontaktstelle Deutschland "Europa für Bürgerinnen und Bürger"	Europäisches Informationszentrum Voßstraße 22 10117 Berlin	www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/
> 15.06.2016 18.00 Uhr	„Wie unterstützt Europa die Kommunen? – Fördermittel, Aktionsprogramme und Partner“ Europa-Expertengespräch Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung	Konrad-Adenauer-Stiftung Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt Franckestraße 1 39104 Magdeburg	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/68298/
> 15.06.2016 18.00–20.00 Uhr	„Die Stimme der Mitgliedstaaten der EU – Die Ratspräsidentschaft des Königreichs der Niederlande“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Integrationszentrum Rostock	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.europatermine.de/termine/datum/2016/juni/15/termin/tag.html
> 23.06.2016 18.30 Uhr	„Schutz von Innovationen – europäisches Patent, nationale und regionale Schutzrechtssysteme“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europabüro Wolpertshausen	Haus der Wirtschaft Stauffenbergstraße 35 – 37 74523 Schwäbisch Hall	www.europabuero.info/events_details.php?cont_id=1280&scr1=5&scr2=51&scr3=&los=0&kat_id=1&p_nr=1&archiv=no&la=de
> 24.06.2016 18.30 Uhr	„Der Tag danach – Konsequenzen aus dem britischen Referendum für Europa“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

EWSA-PREIS FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Einsatz für Flüchtlinge soll belohnt werden

Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen einsetzen, sollen nach dem Willen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) Anerkennung für ihr Engagement bekommen. Der diesjährige EWSA-Preis für die Zivilgesellschaft geht deshalb an Einzelpersonen oder Organisationen, die Flüchtlingen helfen und damit europäische Werte hochhalten und den Zusammenhalt fördern. Ausgezeichnet werden können zum Beispiel Initiativen für die Unterbringung, Versorgung, Beratung oder Ausbildung von Schutzsuchenden oder solche gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung.

Der mit insgesamt 50.000 Euro dotierte Preis wird am 15. Dezember verliehen. Bewerbungen können bis zum 9. September eingereicht werden.

■ [Civil Society Prize](#)

WORKSHOP FÜR BÜRGER UND KULTURSCHAFFENDE

Zwei EU-Förderprogramme werden vorgestellt

Unterstützungsmöglichkeiten für bürgerschaftliche und kulturelle Projekte aus dem EU-Haushalt sind das Thema eines Workshops der am 28. Juni von der Stadt Köln, dem dortigen Europe Direct-Informationszentrum und dem Verein „Region Köln/Bonn“ organisiert wird. Dabei werden die beiden EU-Förderprogramme „Kreatives Europa“ (Teilprogramm Kultur) und „Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)“ vorgestellt.



Zielpublikum sind einerseits Kunst-, Kultur- und Medienschafter sowie städtische und freie Theater, Orchester, Museen, Vereine, Verbände und Multiplikatoren, auch aus der Verwaltung, andererseits Mitglieder von Städtepartnerschaftsvereinen, Bildungseinrichtungen oder Mitarbeiter von Kommunen, die bereits früher Projekte mit Unterstützung dieser EU-Programme verwirklicht haben oder Interesse haben, das in Zukunft zu tun.

■ [Workshop zu EU-Programmen](#)

EUROPA-LILIEN UND EUROPA-DISTEL

Wahl der Preisträger bis Anfang Juli möglich

Die Abstimmung läuft. Bis zum 1. Juli können alle Interessierten per Klick im Internet mitentscheiden, wer 2016 die jedes Jahr von der Europa Union Deutschland verliehenen Preise „Europa-Lilie“ beziehungsweise den Anti-Preis „Europa-Distel“ bekommt. Die Gewinner werden dann im Herbst geehrt. 2015 bekam die Europa-Lilie für die „herausragendste europapolitische Leistung in Deutschland“ die Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum zugesprochen. Dieses Jahr wurden drei Kandidaten für die Endausscheidung nominiert: Die Moderatoren Jan Böhmermann und Klaas Heufer-Umlauf für ihren Video-Clip "Unsere schönen deutschen Euros", mit dem sie sich kritisch mit der Berichterstattung über die Griechenlandkrise in Deutschland befassen. Die Recherche-Teams von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR, die über Steuerpraktiken internationaler Konzerne berichteten. Die UNO-Flüchtlingshilfe mit Sitz in Bonn für ihren Einsatz für Schutzsuchende, auch in der EU und Deutschland.

Europa-Lilien werden außerdem in den Kategorien „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Europäische Jugendarbeit“ verliehen. Außerdem gibt es die Europa-Distel für den nach Meinung der Europa-Union „größten europapolitischen Fauxpas“. Nominiert sind hier die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach (CDU), der Ex-Politiker (SPD) und Buchautor Thilo Sarrazin und der frühere Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn.

■ [Europa-Preise 2016](#)

ZULÄSSIGKEIT VON BEIHILFEN

Erläuterungen für Firmen und Behörden publiziert

Damit Unternehmen und Behörden einfacher beurteilen können, wann eine Unterstützung der öffentlichen Hand eine staatliche Beihilfe darstellt, die von der EU-Kommission genehmigt werden muss, hat diese jetzt ein Dokument ins Internet gestellt, in dem wichtige Regeln erklärt werden. Seit 2012 hat die Kommission nach eigenen Angaben bereits alle wichtigen Beihilfeleitlinien aktualisiert und vereinfacht. Durch die neue Publikation sollen weitere Erläuterungen gegeben werden.

Als Ziel gibt die Kommission an, dass Mitgliedstaaten und Unternehmen öffentliche Förderung so gestalten können, dass der Wettbewerb im EU-Binnenmarkt nicht verfälscht wird. Durch die Erläuterungen soll Rechtssicherheit geschaffen und der Verwaltungsaufwand für Behörden und Unternehmen verringert werden. Eingegangen wird in dem Dokument sowohl auf einzelne Sektoren, wie etwa das Gesundheitswesen oder den Kulturbereich, als auch auf bestimmte Typen von öffentlicher Unterstützung wie etwa Steuervorschriften.

■ [EU-Beihilfenkontrolle](#)